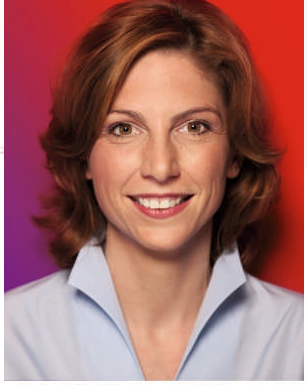

06 / 2014 www.SBL2013.de 14.02.14

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
"Leben ist das was passiert- während wir dabei sind Pläne zu schmieden." - dieser Ausspruch von John Lennon passt 100% zurzeit auf meine Situation.
Hatte ich noch geplant, diese Woche in Berlin zu sein und in den nächsten Wochen bis kurz vor dem Geburtstermin noch Wahlkreistermine zu absolvieren, so hat das Leben etwas anderes vorgesehen: nämlich Ruhe, Ruhe, Ruhe - damit die Schwangerschaft noch 8 Wochen dauern kann.
Ich bitte euch von daher um Verständnis, das fast alle Termine abgesagt wurden und ich den Rat des Doc akribisch verfolge.
Natürlich werde ich euch auf diesem Wege weiter über die politischen Entwicklungen in Berlin informieren - da tut sich ja einiges.
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Steuer erhöhen – Steuern senken – Steuern bezahlen!

Im Wahlkampf haben wir heftig darum gerungen, mit Steuererhöhungen viele Projekte und Ideen angehen zu wollen. Nachdem der Wähler entschieden hat, schien die Steuerdiskussion zunächst einmal an Aktualität zu verlieren. Währen da nicht die Fälle von Steuerhinterziehung, die die Schlagzeilen immer wieder beherrschen.

Die neuen Fälle von Steuerhinterziehung aus der letzten Woche zeigen, dass es richtig ist, wenn diese Koalition einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerumgehung setzt.

Hier muss die Bundesregierung jetzt an die Umsetzung dessen gehen, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Der automatische Informationsaustausch muss schnellstens internationaler Standard werden, auch mit der Schweiz.
Die Steuerfahndung in Deutschland muss intensiviert werden. Und wir müssen dafür sorgen, dass multinationale Konzerne voll besteuert werden.

Es ist richtig, dass die Koalition wie vereinbart auch die strafbefreiende Selbstanzeige in den Blick nimmt. Dabei gibt es gute Gründe, eine Abschaffung der Selbstanzeige anzustreben – allen voran die Gerechtigkeitslücke, die durch die Strafbefreiung zwischen Steuerstraftaten und anderen Straftaten besteht.

Richtig ist aber auch, dass es sowohl bei unserem Koalitionspartner als auch bei den Länderfinanzministern Bedenken gegen eine vollständige Abschaffung der Strafbefreiung gibt.

Ich erwarte hier sowohl von den Finanzministern von Bund und Ländern als auch von unserem Koalitionspartner, dass sie sich zumindest für eine deutliche Verschärfung der Bedingungen für eine Selbstanzeige einsetzen.
Die strafbefreiende Selbstanzeige darf keine Einladung zur Steuerhinterziehung mehr sein.

Verkehr

Infrastruktur ist unterfinanziert - Mehr Geld nötig!

Die Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur kann nur mit deutlich mehr Geld aus dem Bundeshaushalt beseitigt werden. Die Ausweitung der LKW-Maut muss schnellst möglich kommen, um zusätzliche Mittel zu generieren.
Die Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur kann nur mit deutlich mehr Geld aus dem Bundeshaushalt beseitigt werden. Die Ausweitung der LKW-Maut muss schnellst möglich kommen, um zusätzliche Mittel zu generieren. Da bei der Umsetzung der neuen Grundsätze der Verkehrsplanung und -finanzierung sowohl Bund als auch Länder gefordert sind, sollte eine gemeinsame Steuerungsgruppe die Themen der beiden Kommissionen erörtern und weiterentwickeln.
Die Verkehrsinfrastruktur ist für alle sichtbar unterfinanziert. Schlaglöcher in Straßen, Bahnhöfe mit Barrieren für Familien und Personen mit Handicap und sanierungsbedürftige Brücken erinnern uns täglich daran.
Die beiden Kommissionen zur nachhaltigen Verkehrsinfrastrukturfinanzierung unter der Leitung von Karl-Heinz Daehre und Kurt Bodewig haben den Zustand analysiert und festgestellt, dass Deutschlands Verkehrswege jeden Tag einen Realwertverlust von 13 Millionen Euro erleiden. Bund, Ländern und Kommunen fehlen erhebliche Mittel, um die Verkehrsinfrastruktur wieder in einen einwandfreien Zustand zu bringen.
Das haben beide in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur deutlich gemacht.
Klar wurde aber auch, dass der Koalitionsvertrag dieser Regierung viele Instrumente enthält, die ein Umsteuern möglich machen.
Unsere Verkehrspolitiker haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode umfangreiche Konzepte und Vorschläge erarbeitet, die in vielen Punkten den Empfehlungen dieser Kommission entsprechen und sich in weiten Bereichen nun im Koalitionsvertrag wiederfinden.
So wird es in der laufenden Legislaturperiode 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur geben.

Diese sind dringend nötig, um die chronische Unterfinanzierung des Schienenverkehrs zu mindern und die dringend nötige Brückensanierung voranzutreiben.
Mit der Überjährigkeit der Finanzierung werden nicht verbaute Mittel auf die Folgejahre übertragen werden können. Und auch mit dem netzorientierten Ansatz in der Verkehrsplanung für die Aufstellung des künftigen Bundesverkehrswegeplans setzt die Koalition zukunftsweisende Zeichen bei der Beseitigung von Engpässen im Verkehrsnetz und bei der Sanierung.
Die Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen wird weitere, zwingend nötige finanzielle Mittel für Verkehrsprojekte einfahren. Sie kann und muss schnellstmöglich kommen."

International

Bosnien und Herzegowina – Perspektiven schaffen!
Politische Verfehlungen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Bosnien und Herzegowina sind für die Menschen dort unerträglich geworden.
Bürgerinnen und Bürger gehen gegen Nationalismus, Misswirtschaft und Korruption auf die Straße. Die politischen Eliten haben es nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens nicht vermocht, ökonomische und soziale Perspektiven zu entwickeln. Stattdessen pflegen sie zum eigenen Machterhalt häufig eine nationalkonservative oder gar nationalistische Rhetorik gegen die jeweils andere ethnische oder religiöse Gruppe im Land. Wir verurteilen die von Wenigen ausgehende Gewalt und unterstützen die Forderungen der Vielen nach Demokratisierung der Parteien und politischer Transparenz. Nötig sind eine Änderung der Verfassung nach den Maßstäben des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und baldige Neuwahlen. Die angestrebten gesellschaftspolitischen Ziele können nur von demokratisch verfassten Parteien erreicht werden, die sich nicht an ethnischen Kriterien ausrichten. Beim jetzt beginnenden Reformprozess müssen alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen auf demokratische Weise Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und sozial gerechte Perspektive schaffen.
Dabei ist es wichtig, die individuellen Menschenrechte und Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Wir wollen und können helfen, allerdings nur in Zusammenarbeit mit legitimen Vertretern, die auf der Grundlage von demokratischen Werten ihre Ziele verfolgen.

Menschenrechte

12. Februar – Red Hand Day gegen Kindersoldaten!
Der Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten muss mit dem Kampf gegen Kleinwaffen einhergehen. Daher ist es gut, dass der Koalitionsvertrag die vollständige Umsetzung des UN-Kleinwaffenabkommens und des internationalen Waffenhandelsabkommens einfordert.
Kleinwaffen sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit. Flexibel und leicht handhabbar sind sie die Kampfmittel von Kindersoldaten.
Weltweit sind etwa 250.000 Kinder und Jugendliche – Jungen wie Mädchen – von Armeen und Milizen zwangsrekrutiert, für die sie arbeiten und töten.
Der jährliche Appell zum Red Hand Day am 12. Februar fordert die internationale Gemeinschaft zum Handeln auf.

Seit 2002 ist gemäß einem Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention der Missbrauch von Kindern als Soldaten verboten. 153 Staaten haben das Zusatzprotokoll ratifiziert, auch Deutschland. Dennoch gibt es noch auf allen Kontinenten Kindersoldaten, die meisten in einigen afrikanischen Staaten.
Laut einem UNO-Bericht sollen jetzt auch in Syrien Minderjährige rekrutiert worden sein. Auch in Deutschland gibt es noch Handlungsbedarf: Unsere Bundestagsfraktion vertritt konsequent die „Straight 18"- Position, nach der Minderjährige nicht in militärische Strukturen eingebunden werden dürfen – und sei es auch nur zu Ausbildungszwecken.
Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bundeswehr nicht länger 17-Jährige für eine militärische Ausbildung rekrutiert. Eine der wichtigsten Maßnahmen gegen den Einsatz von Kindersoldaten ist ein restriktiver und regulierter Waffenhandel.
Laut Koalitionsvertrag sollen Klein- und Leichtwaffen aus Deutschland künftig so markiert werden, dass sich ihr Weg nachverfolgen lässt und der illegale Waffenhandel dadurch erschwert wird. Deutschland hat sich im Koalitionsvertrag auch verpflichtet, die Umsetzung des internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) energisch voranzutreiben."

Wirtschaft

Trotz guter Verfassung große Herausforderungen!
Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zeigt, dass die deutsche Wirtschaft in guter Verfassung ist. Dafür ist die Wachstumsprognose der Bundesregierung in Höhe von 1,8 Prozent für 2014 ein deutlicher Beleg. Zudem werden neue Akzente für eine aktive Wirtschaftspolitik gesetzt. Zugleich sind die Herausforderungen groß:
Die Spaltung am Arbeitsmarkt muss überwunden, eine leistungsfähige Infrastruktur bereitgestellt und die Energiewende erfolgreich weitergeführt werden. Nach wie vor gilt: Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.
Der Jahreswirtschaftsbericht setzt neue Akzente für eine aktive Wirtschaftspolitik. Ziel ist es, gleichermaßen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Inlandsnachfrage in Deutschland zu stärken. Es geht um mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, um neues Wachstum durch strategische Innovations- und Industriepolitik, um die Integration in "Gute Arbeit„ und um die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen im globalen Wettbewerb.
Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft wird nur im Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gelingen. Gemeinsam gilt es etwa, die gesellschaftliche Akzeptanz von Industrie und Innovationen zu fördern. Der Jahreswirtschaftsbericht leitet einen Politikwechsel zu einer Wirtschaftspolitik ein, die endlich wieder gestaltet.
Wir sind mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf diesem Weg der Reformmotor.

Bonbon

„Erst würgt Seehofer in Bayern die Windkraft ab und jetzt wendet er sich gegen den Netzausbau. Ahnungslos? Feige? Beides?"

(Hubertus Heil, SPD)

Termine

Derzeit kann ich keine Termine wahrnehmen.
Mein Arzt hat mir folgendes verordnet:

Ruhe, Ruhe, Ruhe

und in wenigen Tagen beginnt der Mutterschutz……